

3,90 €

Europa Macht Frieden

Sieben konstruktive und grunderneuernde Näherungen

Thomas Roithner

In der Reihe der
JBZ-Arbeitspapiere

Der Autor: Priv.-Doz. Mag. Dr. Thomas Roithner, Friedensforscher, Journalist, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, Jahrgang 1971. Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Habilitation zum Thema „Der transatlantische Griff nach der Welt. Die USA und die EU im Zeitalter neoimperialer Kriege“. Von November 2017 bis Jänner 2018 Robert-Jungk-Stipendiat der Wissensstadt Salzburg.

Lektorat: Dr. Walter Spielmann und Reinhard Geiger, MA

Die Arbeitspapiere werden von der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ) herausgegeben. Die Inhalte der Arbeitspapiere geben nicht notwendigerweise die Meinung der Robert-Jungk-Bibliothek wieder, sie sollen Diskussionen anregen. Der Druck des Arbeitspapiers wurde ermöglicht vom Land Salzburg – Referat Wissenschaft, Erwachsenenbildung, Bildungsförderung. Salzburg: JBZ-Verlag, 2018. ISBN 978-3-902876-36-2

Bisherige Arbeitspapiere:

- Nr. 1/ David Röhler / Government 2.0
- Nr. 2/ Minas Dimitriou / Sport zwischen Inklusion und Exklusion
- Nr. 3/ Nimet Ünal / Migration und schulischer Erfolg
- Nr. 4/ Georg Gruber / Zukunftsvorstellungen junger AsylwerberInnen
- Nr. 5/ Achim Eberspächer / Jungk: Zukunftsforscher u. Anführungszeichen
- Nr. 6/ Silvia Augeneder / Kommerzialisierung menschlicher Körperteile
- Nr. 7/ Bärbel Maureder / Der Salzburger IT Arbeitsmarkt
- Nr. 8/ Barbara Eder / Freiwilligentätigkeit in Österreich
- Nr. 9/ Silvia Augeneder et al / Diese Entwicklungen werden Salzburg bis 2030 prägen
- Nr. 10/ Reinhard Hofbauer / Lebensqualität als alternative Zielformel
- Nr. 11/ Sandra Filzmoser / Wohlbefinden und Engagement
- Nr. 12/ Edgar Göll / Governance-Modelle der Zukunft
- Nr. 13/ Martin Reindl / Die Patientenverfügung
- Nr. 14/ Iwan Pasuchin / Mediengestaltung als demokratische Erfahrung
- Nr. 15/ Katharina Gammer / Robert Jungk, die frühen Jahre
- Nr. 16/ Andreas Pfützner / Robert Jungks Leben in Salzburg
- Nr. 17/ Luisa Pichler / Robert Jungk und die Anti-Atomkraft-Bewegung
- Nr. 18/ Christian Schwendinger / Zukunftswerkstätten
- Nr. 19/ Michael Vereno u. Blake Giragos / Rezeption Robert Jungks in den USA
- Nr. 20/ Ernestine Depner-Berger u. Stefan Wally / Abschied von politischer Teilhabe
- Nr. 21/ Erich Mild / Energiepolitische Ziele Salzburg
- Nr. 22/ Helga Embacher / Robert Jungks Judentum
- Nr. 23/ Ulrike Kammerhofer / Regionale Identität
- Nr. 24/ Peter Emberger / Zur Rezeption von Robert Jungk in Österreich
- Nr. 25/ Robert Jungk / Zitatesammlung
- Nr. 26/ Silvia Augeneder et al / Salzburg morgen
- Nr. 27/ Elmar Altvater / Was uns Robert Jungk auf den Weg geben kann
- Nr. 28/ Wiebke Claussen et al / Die Kunst der Partizipation
- Nr. 29/ Erich Mild et al / Salzburg morgen. Update 2014
- Nr. 30/ Christian Resch / Immobilienerbe und Lebensqualität
- Nr. 31/ Thomas Lehner / Welche Kriterien entscheiden über die Chancen der Kinder
- Nr. 32/ Fabian Habersack / Zur Bedeutung nationaler Identität in Salzburg
- Nr. 33/ Att Lanz / Wie autoritär denkt Salzburg?
- Nr. 34/ Ewald Hiebl, Stefan Wally / Das Zukunftsdenken bei Robert Jungk und Leopold Kohr
- Nr. 35/ Andreas Weiss / Der unliebsame Gesprächspartner
- Nr. 36/ Minas Dimitriou/ Wir und unser Körper
- Nr. 37/ Birgit Bathic-Kunrath; Hans Holzinger; Stefan Wally (Hg.) / Zukunft Migration
- Nr. 38/ Dagmar Baumgartner; Hans Holzinger / Flüchtlinge im Dialog.
- Nr. 39/ Marietta Oberrauch, Stefan Wally / Salzburg Zukunftsmilieus
- Nr. 40/ Dagmar Baumgartner, Markus Pausch, Stefan Wally / Politische Bildung in Salzburg

www.jungk-bibliothek.org/arbeitspapiere

Inhaltsverzeichnis

Frieden vorbereiten	5
<i>Frieden > Sicherheit</i>	
Macht Europa Außenpolitik?	7
<i>Mehr Europa – mehr Militär</i>	
<i>„Versicherheitlichung“ in Österreich</i>	
Auslandseinsätze der EU	11
<i>Österreichs Beiträge</i>	
<i>Kommandozentrale und Euro-Armee</i>	
<i>Globale Rivalitäten</i>	
<i>EU-Ressourcensicherung</i>	
Europa Macht Rüstung	18
<i>European Defence Fund</i>	
<i>EU-Rüstungsplan</i>	
<i>Atomwaffen und die Rolle der EU</i>	
Hierarchisierung der Nationalstaaten	24
<i>„Europäische Interventionsinitiative“</i>	
<i>Musterschüler Österreich 2018?</i>	
<i>Vorschlag Ziviles Kerneuropa</i>	
Globale UN-Ordnung	28
<i>Multilateralismus</i>	
<i>Gewaltverbot</i>	
Außenpolitik ist mehr als der Staat	31
<i>Zivile Friedensfachkräfte</i>	
<i>Internationale Erfahrungen</i>	
<i>Zivile Tätigkeitsbereiche</i>	
<i>Vorschlag für Österreich</i>	

Neutralität und Präventionsagenda	36
<i>Zivile Krisenprävention</i>	
<i>Vorschlag zum Bundesheer</i>	
Anhang	38
<i>Anmerkung</i>	
<i>Literatur</i>	
<i>Zum Autor</i>	

Frieden vorbereiten ...

*„Wer den Frieden will,
muss den Frieden vorbereiten
und nicht den Krieg“*

Robert Jungk, 1970

Katastrophen, Krisen und Kriege haben seit dem vermeintlichen Ende der geopolitischen Konfrontation 1989 dafür gesorgt, dass sich die Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik der EU „weiterentwickelt“ hat. Das trifft natürlich in unterschiedlicher Intensität auch auf die einzelnen EU-Mitgliedstaaten zu. „Weiterentwickelt“ sagen Politikmehrheiten, Militärs und Rüstungsindustrie. Eine „Militarisierung“ und „Versicherheitlichung“ belegen kritische Stimmen. Der völkerrechtswidrige Kosovo-Krieg der NATO hat 1999 beinahe zeitgleich zur Herausbildung einer 60.000 SoldatInnen starken EU-Eingreiftruppe geführt und für diese als Katalysator gewirkt. Offen bleibt bis heute: Darf und wird die EU künftig auch völkerrechtswidrig Krieg führen und warum soll Putin auf dieser Basis nicht auch auf der Krim einmarschieren dürfen? 9/11 in den USA brachte auch auf dieser Seite des Atlantiks das sensible Verhältnis von Freiheit und Sicherheit erheblich durcheinander. Die Ablehnung des Nizza-Vertrages (EU 2001) durch Irland – die einzige Volksabstimmung zu diesem Vertrag – war ein ausschlaggebender Punkt, um ein sicherheitspolitisches Kerneuropa auf den Weg zu bringen. Dies erfolgte mit der Zielsetzung der Erleichterung von EU-Militäreinsätzen. Die Terroranschläge von London und Madrid ließen die Verteidigungsagentur – vorher ehrlicherweise Rüstungsagentur genannt – losarbeiten, und kaum eine Krise vergeht, anlässlich der nicht eine Euro-Armee gefordert wird. Eine sozialdemokratische Konsequenz aus dem Brexit war die Forderung nach einem europäischen FBI und einem schlagkräftigen militärischen deutsch-französischen Kerneuropa. Und mit den Flüchtenden aus Syrien, Somalia, Irak oder Afghanistan kommen EU-weit die Sicherheitspakete. Beinahe jede Krise brachte unverhältnismäßig viel „Versicherheitlichung“, Aufwertung des Militärs und Überwachung, jedoch viel zu wenig Krisenprävention und ziviles Krisenmanage-

ment. Krisen durch die Brille des Militärs und seiner Interessen zu betrachten und dementsprechend zu handeln, zeitigt eine Reihe von Kollateralschäden und beengt das Denken von zivilen Ansätzen.

Der Friedensforscher Johan Galtung (1993, 142f.) betrachtet die Idee der EG als „ein brillantes Stück friedensstiftender Politik, da sie in einer Konföderation ehemalige Feinde zusammenbringt und einen Krieg zwischen ihnen praktisch undenkbar macht.“ Dieser Gedanke stand auch bei der Entscheidung um den Friedensnobelpreis für die EU im Jahr 2012 Pate. Jedoch schon rund um den EG-Vertrag von Maastricht (1992) sah Galtung „eine neue Supermacht (...) mit enormen, zentralisierten außenpolitischen und auch bellizistischen Kapazitäten“ (ebd.).

Frieden > Sicherheit

Es ist keine akademische Fingerübung, die Begriffe Sicherheit und Frieden auseinander zu halten. Sicherheit wird als Zustand beschrieben, in dem sich Individuen oder auch Staaten nicht von ernstesten Gefahren bedroht fühlen (Meier/Nelte/Huhn 2008, 410). Frieden in seiner umfassenden Bedeutung geht über direkte Gewalt hinaus und schließt auch soziale, wirtschaftliche, ökologische, demokratiepolitische, verteilungspolitische, menschenrechtliche und kulturelle Fragen samt den Gewaltstrukturen und ihrer Rechtfertigung mit ein (Galtung 1975).

Natürlich geht es in der Sicherheitspolitik um Interessen. Eine von vielen Interessen ist, „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“ (Präambel der UN Charta 1955) und sicherzustellen, dass Menschen nicht vor Kriegen fliehen müssen. Im Hamsterrad zwischen „Mehr Europa“ und „Zurück zum Nationalstaat“ vermag die ursachenorientierte Bearbeitung von Konflikten aus dem Blickfeld zu geraten. Hilfreich ist es daher durchaus, über den Tellerrand der Europäischen Union zu schauen. Augenscheinlich werden bei einem globalen Blick insbesondere die Versäumnisse in der zivilen Krisenprävention.

Macht Europa Außenpolitik?

Die EG-Kommission erklärte anlässlich des Beitritts von Österreich, Finnland und Schweden, dass deren Neutralität „Probleme aufwirft“ (Wiener Zeitung, 14.8.1991). Die neuen EG-Mitglieder gesellten sich zu Staaten, von denen einige einen an Neokolonialismus erinnernden Außenpolitikstil pflegen. Dazu kamen später mit der Osterweiterung Länder, die – mit Blick nach Osten – schneller in die NATO als in die EU wollten. Vorläufiges Ergebnis dieser Entwicklungen ist ein bunter Strauß von derzeit 28 Außenpolitiken, die mit einer „gemeinsamen Stimme“ sprechen sollten. Die aktuelle Flüchtlingspolitik, die Fragen um die Anerkennung von Palästina und Kosovo, die Russland-Sanktionen, die Haltung zur Konfliktlösung in Syrien, eine gemeinsame Strategie bezüglich des chinesischen Seidenstraßenprojektes oder zur Legitimität von Atomwaffen zeigen, dass die „gemeinsame Stimme“ der EU-28 von Uneinigkeit geprägt ist. Warum soll man diesen 28 nun eine Euro-Armee, einen dicken Auftragsblock für die Rüstungsindustrie und noch mehr rascher einsetzbare globale Interventionstruppen zur Durchsetzung ihrer uneinigen Interessen zur Verfügung stellen? Selbst die ParteigängerInnen einer EU-Militärmacht beantworten dies eher ungern. KritikerInnen meinen, dass eine Armee und militärische Muskeln eine Außenpolitik nicht ersetzen darf. Im besten Fall ist das Setzen auf die militärische Karte wirkungslos, im schlimmsten Fall gefährlich.

Die Globalstrategie der EU aus dem Jahr 2016 hat eine Reihe von Beispielen parat, wenn sie meint: „Unsere Interessen und Werte gehen Hand in Hand“ (EU 2016, 13). EU-Werte wie Menschenrechte, Armutsbekämpfung, Gleichstellung und Rechtsstaat sind offenbar immer auch gleich nationale Wirtschaftsinteressen oder EU-Ressourceninteressen. Ebenso Hand in Hand gehen in der EU-Strategie „Soft Power und Hard Power“ (EU 2016, 7). Jedenfalls bekräftigt die EU ihr „Interesse an fairen und offenen Märkten“ (EU 2016, 9). Während die einen Wohlstand, Fairness und die Verhütung von Konflikten aus dem Dokument herauslesen, sehen andere in der Verfügungsnotwendigkeit für „das gesamte Spektrum an land-, luft-, weltraum- und seeseitigen Fähigkeiten“ beim Militär (EU 2016, 36) ein Aufrüs-

tungsprogramm. EU-Militärmacht und EU-Handelsmacht gehen Hand in Hand und bilden je eine Seite der Medaille. Dabei formen Geopolitik und Geoökonomie ein Amalgam, so Birgit Mahnkopf und Elmar Altvater (2008, 303).

Die EU verfolgt den so genannten „kohärenten Ansatz“. Verschiedene Politikbereiche – Handels-, Wirtschafts-, Justiz-, Militär- oder Entwicklungspolitik – greifen ineinander und sollen effizient funktionieren. Im Grunde ist genau dies ein Mehrwert der EU. Der Ansatz sagt jedoch nichts über die Richtung der Politik aus. Erstrebenswert sind nicht nur Effizienz, sondern eine friedensfähige Handelspolitik, eine friedensfähige Wirtschaftspolitik oder eine friedensfähige Ressourcenpolitik. Weniger die Art der Entscheidungsfindung oder die institutionelle Verankerung der EntscheidungsträgerInnen, sondern die inhaltliche Zielsetzung und die zu Grunde liegenden Interessen sind von Bedeutung.

Mehr Europa – mehr Militär

Ergänzend zu den vier Freiheiten der EU – Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital – soll nun auch eine fünfte, nämlich das „militärische Schengen“, etabliert werden (Brössler 2017). Ziel ist die Verbesserung der militärischen Mobilität. Der Verlegung von Truppen und Material sollen keine Schranken im Weg stehen. In Österreich hat die FPÖ-ÖVP-Regierung im Jahr 2001 unter Wolfgang Schüssel Neutralitätsvorbehalte aus dem Truppenaufenthaltsgesetz und dem Kriegsmaterialgesetz gestrichen. Der Rat der EU macht deutlich, „dass Entscheidungen über militärische Bewegungen unter die Souveränität der Mitgliedstaaten fallen“ (EU Rat 2017 a, 7). Was wird die Regierung von ÖVP und FPÖ 2018 tun?

Die politische Forderung nach „Mehr Europa“ heißt im Bereich Sicherheit heute „Mehr Militär“. Frieden jedoch bedeutet mehr, als militärisch nicht bedroht zu werden. Die EU blinkt Richtung „Sozialere EU“ und biegt Richtung Militärmacht ab.

„Versicherheitlichung“ in Österreich

Die aktuell in Österreich zu konstatierende Verschiebung von unterschiedlichen zivilen, polizeilichen und justiziellen Aufgaben in Richtung Armee – in deren Verantwortung oder Teilverantwortung – ist aktuell auch in weiteren Staaten der EU zu beobachten. Der Begriff „Versicherheitlichung“ (securitization) bedeutet, den klassischen Sicherheitsinstrumenten – Militär, Rüstung und Mauerbau – überproportionales Gewicht zu geben. In Folge verlieren zivile Ansätze in der Debatte und Umsetzung an Bedeutung (Brzoska 2008, 196).

Armee gegen Schlepper, Armee an der Grenze, Armee gegen Botschaftsbedrohungen, Armee gegen Bedrohungen aus dem Internet, Armeeflugzeuge schieben Geflüchtete ab, Armee übernimmt Häftlingstransporte, Armee sucht gewöhnliche Kriminelle und Armee gegen das, was man für Bedrohung hält. All das schafft neue Jobs in Armee, Geheimdienst und der Rüstungsindustrie. Nach dem Sicherheitskabinett sind die Antiterrorpöller am Wiener Ballhausplatz um Kanzleramt und Präsidentschaftskanzlei ein aktueller Coup. Beim Studium bunter auflagenstarker Tageszeitungen mag der Eindruck entstehen, das Regierungsprogramm gerinnt zur Sicherheitsdoktrin. Bei der Geschwindigkeit, mit der in Österreich die Formel „Militär ist Polizei ist Militär“ durchkalkuliert wird, sind politische Rechenfehler fast ein Naturgesetz.

Sebastian Kurz (neue Volkspartei/Liste Kurz), Heinz-Christian Strache (Freiheitliche Partei) und die Sozialdemokratie – bis Herbst 2017 Kanzlerpartei und heutige Opposition – verfolgten noch im Wahlkampf 2017 nicht selten in Teilen eine ähnliche politische Stoßrichtung. Die FPÖ muss „ihr“ Thema nunmehr teilen. Der SPÖ-Verteidigungsminister paktierte in seiner Amtszeit bis Dezember 2017 mit der NATO in der Migrationscausa und gefiel sich in der Rolle als Sicherheitsminister. Sebastian Kurz will – vormalig als Außenminister – nach der Balkanroute auch das Mittelmeer schließen. Europaweit werden analoge Forderungen mit unterschiedlicher Reichweite umgesetzt. Sicherheitspolitische Entscheide, die BürgerInnenrechte in Frage stellen, werden durchgewunken. Die gesellschaftliche Debatte ent-

fällt. Dem entsprechend wird die Erhöhung des österreichischen Militärbudgets um 1,3 Mrd. € geplant (das Budget 2017 beträgt 2,32 Mrd. €), wobei einzelne Projekte – wie das „Luftpaket“ – noch zusätzlich finanziert werden.

Schon 2013 fasste die Österreichische Sicherheitsstrategie (Federal Chancellery of the Republic of Austria 2013, 7) die Herausforderungen und Bedrohungen für Österreich und die EU sehr breit: cyber attacks, Wirtschaftskriminalität, nicht gelingende Integration, Ressourcenknappheit, Klimawandel, Bedrohung der Verkehrswege oder die sicherheitspolitischen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Ein gerüttelt Maß ziviler Probleme wird „versicherheitlicht“ oder es wird versucht, Teile der Lösungskompetenz der Armee zuzuschlagen (Roithner 2017 a, 94). Die letzte Dekade ist reich an Beispielen (vgl. Annan 2015, 38), die zeigen, dass das Militär zur nachhaltigen Lösung von Konflikten unzureichende und falsche Instrumente im Werkzeugkasten hat. Frieden und Sicherheit unterscheiden sich konzeptionell sowie in den zur Verfügung stehenden Methoden und Zielsetzungen.

Sicherheits- und Festungsdenken sowie Sicherheitsinstitutionen demonstrieren gegenüber der Öffentlichkeit eine schnelle Lösungskompetenz. Im Zuge einer auf (Staaten-)Konkurrenz, Polarisierung, Ressourcensicherung, Beistandsverpflichtungen, Militärbudgets und Marktexpansion konzentrierten Diskussion geraten die in der EU-Sicherheitsstrategie genannten „weicheren“ und langfristig zu bearbeitenden Herausforderungen leichter aus dem Blickfeld. Eine ökologisch nachhaltige und friedensfähige Energiepolitik oder die Einhaltung von Menschenrechtsstandards werden zur Durchsetzung anderer Interessen oftmals instrumentalisiert. Beispielsweise fokussiert eine auf Sicherheitsaspekte konzentrierte Debatte zur Bearbeitung globaler sozialer Ungerechtigkeit dabei das Management von Verteilungskonflikten, anstatt Maßnahmen zur Ermöglichung von Verteilungsgerechtigkeit zu realisieren.

Auslandseinsätze der EU

Auslandseinsätze sind eine wesentliche und sichtbare Ausprägung der Außen- und Sicherheitspolitik der Union. Die (derzeit 16) laufenden und (derzeit 20) abgeschlossenen 36 Einsätze weisen einen zivilen, militärischen oder zivil-militärischen Charakter auf (EEAS 2017 a). Afrika und der Balkan sind die räumlichen Schwerpunkte. Numerisch sind zwei Drittel der Einsätze zivil, ein Drittel sind Militäreinsätze. Über ein Dutzend der zivilen Einsätze hatten bzw. haben ein Personalkontingent von weniger als 100 Personen. Betrachtet man die eingesetzte Personalstärke aller Einsätze, so sind rund 80 Prozent des Personals Militärs (EUISS 2017 a, 20; EEAS 2017 a). Das Zivilpersonal besteht zu bedeutenden Teilen aus Polizei und auch aus unbewaffneten Militärs. Für Konfliktbearbeitungsprozesse ist es – Ausnahmen bestätigen die Regel – nicht unerheblich, ob dafür ausgebildete ZivilistInnen oder unbewaffnete Militärs im Feld aktiv sind. Eine Zivilmacht sieht jedenfalls anders aus. Der Begriff „Verteidigung“ wurde im EU-Kontext zu einem Orwell’schen Begriff und steht nicht selten für militärisches Eingreifen. Die EU-Sicherheitsstrategie (2003, 8) sah schon vor 15 Jahren bei den neuen Bedrohungen „die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen.“ Nicht ohne Grund meinte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, die EU „hat die Dimension eines Imperiums“ (Crolly / Wergin 2007).

Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU bietet für ursachenorientierte zivile Politik zahlreiche falsche Abzweigungen. Einige EU-Militäreinsätze befinden sich im Spannungsfeld der Interessen Deutschlands und Frankreichs. Der Vektor aus deutscher „Verantwortung“ und neokolonialen Interventionsgeruch sind hoch umstrittene EU-Militäreinsätze wie jener im Kongo oder im Tschad. Die EU-„battle groups“ trainieren u. a. für Kampfeinsätze in Wüsten, Hochgebirge, Städten und Dschungel (Quille 2006). Der Europäische Rat 2009 hat ausdrücklich festgehalten, dass „battle groups“-Operationen unter einem Mandat des UN-Sicherheitsrates abgewickelt werden, obwohl Operationen vorstellbar sind, bei denen der UN-Sicherheitsrat nicht als notwendig erachtet wird“. Im Jahrbuch des Stock-

holm International Peace Research Institute (SIPRI) wird dargelegt, die Missionen „reflektieren oftmals die ehemalige koloniale Zuständigkeit“ (Bailes/Cottey 2010, 166).

Österreichs Beiträge

Eine parlamentarische Anfrage zeigt eine unschöne Facette der österreichischen Teilnahme an EU-Einsätzen. In die ersten 32 Auslandseinsätze (BMEIA Anfragebeantwortung, 28.1.2015) hatte Österreich 671 Personen entsandt. Auf den Zivilbereich entfallen 67 Personen, also 9,99 Prozent. Ohne Polizei beträgt der Anteil lediglich 2,09 Prozent. Knapp über 90 % des von Österreich entsandten Personals in EU-Einsätzen sind Militärs.

Gemäß dem Regierungsprogramm 2017 (24) planen ÖVP und FPÖ die „Fortsetzung und Stärkung des österreichischen Beitrages zu internationalen Auslandseinsätzen mit dem Fokus auf EU-Außengrenzschutz, Westbalkan, Nordafrika und Migrationsrouten“. Beurteilungsgrundlage sind u. a. „die strategischen Interessen der Republik“ und für diese Einsätze sei ein entsprechender „Personal- und Budgetbedarf sicherzustellen“.

Ein vieldiskutiertes Thema ist die Haltung der FPÖ zur EU. Die Debatte umfasst die Fraktionszugehörigkeit der FP-Abgeordneten im EU-Parlament über die Öxit-Debatte bis zum Wunsch nach verstärkter Kooperation mit den Visegrád-Staaten und Russland. Die EU-Außenpolitik der letzten fünf Jahre – gerade, aber nicht nur bei Geflüchteten – drängt zur Frage, ob ihre Politik der FPÖ nicht zu Erlangung ihrer breiten Zustimmung bei den Wahlen geholfen hat und ob diese (mittlerweile) der FPÖ bei der Erreichung ihrer Zielsetzungen nicht auch dienlich ist (z. B. Frontex, militärischer Schutz der Außengrenzen, EU-Training der teils autoritären Sicherheitsapparate in Afrika, law and order gegen Rechtsbrecher am Horn von Afrika).

Kommandozentrale und Euro-Armee

MPCC – seit dem Frühjahr 2017 ein neues EU-Akronym – ist der militärische Planungs- und Koordinierungsstab für EU-Auslandseinsätze (Roithner 2017 d). Schon seit Jahren wünschen sich wesentliche Teile der politischen und militärischen Eliten der EU ein derartiges Kommandozentrum. Kaum eine Schrecksekunde hat es nach dem Brexit-Votum gedauert, bis Jean-Claude Juncker die Gunst der Stunde sah. Großbritannien hatte mit der Entwicklung autonom funktionierender EU-Truppen stets keine Freude. Zu wichtig war London sein „special relationship“ zu den USA.

Dem MPCC geht es – zumindest vorerst – um EU-Auslandseinsätze wie jene in Mali, Zentralafrika oder Somalia. Militär- und Marineeinsätze, die mit Waffengewalt im Mittelmeer („Operation Sophia“) agieren oder die Piratenjagd am Horn von Afrika vorantreiben („Operation Atalanta“), haben noch ihr eigenes Kommando. Rasch ist man bemüht, möglichen zornigen Twitter-Meldungen von Donald Trump vorzubeugen: Diese Kommandozentrale richte sich nicht gegen die NATO.

Sebastian Kurz ging noch einen wesentlichen Schritt weiter (ORF Ö1 Mittagjournal 2017). Er will nicht nur eine gemeinsame Kommandozentrale der EU, sondern gleich eine ganze „Krisenreaktionstruppe“ schaffen. Hier gehen Kurz und Juncker Hand in Hand. Zum wiederholten Mal nutzte Juncker unterschiedliche Krisen und Kriege, um eine Euro-Armee zu fordern. Eine Kommandozentrale für EU-Auslandseinsätze ist freilich noch keine solche, ebnet jedoch politisch den Weg dorthin. Für Juncker ist so eine Zentrale zweifellos die konsequente Weiterführung des Militärkurses der EU seit Aufstellung der 60.000 SoldatInnen umfassenden Eingreiftruppe im Jahr 1999.

Der Plan von Sebastian Kurz für die EU-Krisenreaktionstruppe ist umfassend. Er reicht von friedenserhaltenden Maßnahmen bis zur Terrorbekämpfung. Entgegenhalten mag man ihm, dass die EU bereits über zahlreiche Instrumente und Möglichkeiten des militärischen Eingreifens verfügt.

Rund ein Dutzend Militäreinsätze hat die aus nationalen Armeen zusammengesetzte EU-Eingreiftruppe bereits durchgeführt, beispielsweise in Bosnien-Herzegowina, dem Kongo und dem Tschad.

Wohin die Reise mit den Wünschen von Kurz' Krisenreaktionstruppe geht, verraten zwei Details: Die verfügbaren EU-„battle groups“ sind „keine stehende Truppe“, so Kurz. Damit hat er Recht. Sie setzen sich aus nationalen Truppenteilen zusammen. Jeder Staat könnte theoretisch sein Kontingent zurückziehen, wenn's wirklich brenzlich wird. Also, wenn „battle groups“ tatsächlich eine Schlacht führen müssen. Die EU-„battle groups“ bilden eine Speerspitze, die entweder allein operieren oder das Feld für umfassendere EU-Auslandseinsätze aufbereitet. Politische und finanzielle Differenzen haben dafür gesorgt, dass die Truppen seit über zehn Jahren regelmäßig u. a. für Kampfeinsätze trainieren, allerdings bislang nie eingesetzt wurden. Das soll sich mit den Beschlüssen des EU-Rates im Juni 2017 ändern. Festgelegt wurde, „dass die Entsendung von Gefechtsverbänden als gemeinsame Kosten gelten sollen“ (European Union, Council 2017). Die dauerhafte Finanzierung über den „Athena-Mechanismus“ wird höchstwahrscheinlich gewährleisten, dass Auffassungsunterschiede zwischen den EU-Staaten zur Finanzierung der Interventionstruppe der Vergangenheit angehören. Es werden damit auch jene EU-Mitglieder für die Kampftruppe in einer verbindlicheren Art zur Kasse gebeten, die sich kaum an den multinationalen Gefechtsverbänden beteiligen. Ziel ist die Erleichterung u. a. von schweren EU-Kampfeinsätzen durch die „battle groups“.

Die Festlegung aus der Umsetzung der EU-Sicherheitsstrategie des Jahres 2008 – „die EU-Organe haben die Pflicht, nachzuweisen, wie dies zu unserer eigenen Sicherheit beiträgt“ (EU 2008, 18) – wurde nicht eingelöst. Der Weg Richtung Euro-Armee hinterlässt viele Fragen. Soll die EU eine eigene Verfügungsgewalt über Truppen erhalten? Wer beschließt dann den Einsatz? Was passiert mit Staaten, die nicht fähig und nicht willens sind, sich zu beteiligen? In welchem Verhältnis werden die Kosten für diese Militäreinsätze geteilt? Was wird Donald Trump zu „make europe great“ sagen? Wird künftig nur noch nach deutsch-französischem Gusto interveniert?

Welche Rolle werden Frankreichs Atomwaffen spielen? Gibt es eine strikte Bindung an das Völkerrecht? Und warum gibt es noch immer eine viel zu langsame Entwicklung bei den Kapazitäten der zivilen Auslandseinsatzkräfte? Warum entwickelt die EU nicht eine umfassende Präventionsagenda, um nicht ständig neue Truppen zu brauchen? Ist dies mit der immerwährenden Neutralität „als Status der generellen Kriegsverweigerung“ (Rotter 2007, 185) vereinbar? Und macht all das die Welt in Zeiten globaler Machtübergänge wirklich friedlicher?

Stets ist bei den sicherheitspolitischen Reaktionsmöglichkeiten der Union von zivilen und militärischen Möglichkeiten die Rede. Ausnahmen bestätigen die Regel, wenn es auf EU-Ebene tatsächlich und operativ um mehr Geld, mehr Personal und mehr politische Rückendeckung geht: aber am Ende bleibt immer das Militär. Selbst das EU-Parlament legt dar, „dass – wegen der Tatsache, dass der Schwerpunkt hauptsächlich auf die militärische Dimension der ESVP gelegt wird – im Bereich der zivilen Fähigkeiten und der Konfliktverhütung Fortschritte viel zu langsam erreicht werden“ (Europäisches Parlament 2009, Punkt 43).

Globale Rivalitäten

Ein Blick auf die Herausforderungen durch die Sicherheitsbrille sorgt vor der Küste Somalias dafür, dass die größten Militärmächte und -bündnisse der Erde – u. a. USA, NATO (bis 12/2016), EU unter Beteiligung von acht Staaten, Russland, China, Saudi Arabien, Indien, Iran und Japan – Kriegsschiffe gegen Piraten einsetzen. Einige westliche Staaten hatten die Konfliktursachen durch Überfischung und Verklappung von Giftmüll (UNEP 2005) noch verschärft. Statistiken der EU (EEAS 2017) geben für die Periode 2013 – 2017 Auskunft, dass insgesamt zwei Piratenattacken registriert wurden (in den ersten fünf Jahren 136). Trotz dieser Bilanz der letzten fünf Jahre wurde der Marineeinsatz der EU fortgesetzt. 2017 wurden aufgrund der Trockenheit und der damit in Verbindung stehenden Lebensmittelengpässe erneute Piratenübergriffe registriert.

Die Bedrohung der globalen Sicherheit und der internationalen Ordnung ist jedoch weniger durch Piraten als durch wachsende Rivalitäten geprägt. Die Kontrolle des Warenverkehrs und die Ressourcensicherung kann als vorrangiges Motiv der internationalen Militärpräsenz am Horn von Afrika betrachtet werden. Die Piraten dienten den westlichen Militärmächten auch als Motiv, um ein Signal an Chinas Ambitionen zu einer die Region einschließenden maritimen Seidenstraße zu senden.

EU-Ressourcensicherung

Bereits zu Beginn der 1990er Jahre haben die Armeen der EU-Staaten die Sicherung von Ressourcen zur militärischen Aufgabe erklärt. Die deutsche Bundeswehr bekräftigte 1992 in den Verteidigungspolitischen Richtlinien die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“ umzusetzen. Die französische oder britische Haltung gilt diesbezüglich traditionell als ebenso wenig zurückhaltend.

Im Jahr 2016 verzeichnete das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK 2017) 402 Konflikte unterschiedlicher Gewaltintensität, 18 davon sind Kriege. Von den 402 Konflikten hatten 98 eine Ressourcendimension, und von den 18 Kriegen wiesen neun eine Ressourcendimension auf. Konflikte um Ressourcen kommen auch im Kleid der Sicherung der Menschenrechte, des Engagements gegen Terrorismus, der Militärpräsenz in Sinne der Sicherung einer good governance oder künftig vielleicht im Gewand der responsibility to protect auf uns zu. Nicht wenige Auslandseinsätze der EU hatten und haben zumindest einen indirekten Zusammenhang mit der Sicherung von Ressourcen (u. a. EU-Marineinsatz am Horn von Afrika, EU-Militäreinsatz im Tschad oder Kongo, EU-Einsätze in Georgien oder Libyen), nur äußerst selten sind Ressourcenfragen auch im Mandat der Einsätze festgeschrieben. Im Zusammenhang mit der militärischen Sicherung von Öl und Gas hat der alternative Nobelpreisträger Hermann Scheer (1993, 39) bereits 1993 den Begriff „Energie-Imperialismus“ geprägt.

Die EU-Sicherheitsstrategie hat 2003 festgestellt, dass die Energieabhängigkeit ein „Anlass zur Besorgnis“ ist. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, wenn der ehemalige deutsche Energiestaatssekretär Joachim Wuermeling 2006 meinte: „Im globalen Kampf um Energiequellen muss die EU härtere Bandagen anlegen“. Das EU-Institut für Sicherheitsstudien in Paris hat fiktive Szenarien für Rohstoffkriege unter Beteiligung von 60.000 EU-SoldatInnen entworfen (EU ISS 2004) und lässt auch über eine Militarisierung der internationalen Umweltpolitik im Sinne eines „ecological policing and enforcement“ nachdenken (Ries 2009, 64). Der Ausbau von Sicherheitsapparaten tönt zumal lauter und einstimmiger als die Bearbeitung von Konfliktursachen.

Mahatma Gandhi wird von der Umwelt- und Friedensbewegung sinngemäß oft mit den Worten zitiert, dass die Welt genug für alle, aber nicht für die Gier von Wenigen hat (Holzinger 2016). Die globale Unordnung von militärisch ausgetragenen Konflikten und wirtschaftlichen Machtübergängen – gekennzeichnet durch den Bedeutungsgewinn Chinas – begünstigt das Durchbrennen zivilisatorischer Sicherungen. Und letztendlich ist die Abkehr vom fossilen Energiezeitalter nicht nur eine friedenspolitische, sondern auch eine ökologische Frage und eine der Gerechtigkeit.

Europa Macht Rüstung

„Es geht also bei der »Friedens-Konversion« um mehr als um Abrüstung und (...) wirtschaftliche Umverteilung, nämlich um eine viel umfassendere »Bekehrung« von einem harten an (...) Machtzuwachs orientierten Wirtschafts-(und Lebens-)stil“

Robert Jungk, 1984

Die letzten 10 Jahre der EU-Sicherheitspolitik waren von unterschiedlichen, teils offensiven Appellen zur Aufrüstung geprägt. Dem EU-Vertrag von Lissabon (EU 2007) ist zu entnehmen, die Mitgliedstaaten „verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. Die vormalige hohe Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Catherine Ashton, hat die entsprechende EU-Politik in einem „Standard“-Zeitungskommentar übersetzt: „Wer Frieden will, muss sich rüsten“ (Der Standard vom 20.12.2013). Basis ihrer Ausführungen war der EU-Gipfel zu Rüstungsfragen (EU 2013, 5f.), in dessen Kontext ferngesteuerte Flugsysteme, Luftbetankung und Satellitenkommunikation gefordert wurden.

Die Globalstrategie der EU aus dem Jahr 2016 schreibt fest: Es „müssen die Mitgliedstaaten Mittel in ausreichender Höhe für Verteidigungszwecke bereitstellen“. Die Globalstrategie präzisiert und vertieft: Es „benötigen die Mitgliedstaaten bei den militärischen Spitzenfähigkeiten alle wichtigen Ausrüstungen (...). Dies bedeutet, dass das gesamte Spektrum an land-, luft-, weltraum- und seeseitigen Fähigkeiten (...) zur Verfügung stehen muss“ (EU 2016, 45). Ein Jahr nach der Verabschiedung der Globalstrategie (EU 2016) führte die hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini aus, dass „in diesem Feld in den letzten zehn Monaten mehr erreicht wurde als in den letzten zehn Jahren“ (Mogherini 2017, 5).

In den letzten Jahren lagen die USA betreffend Exporte konventioneller schwerer Waffen an der Weltspitze, gefolgt von den EU-Staaten und Russ-

land. Von den zehn größten Waffenexporteuren liegen im Zeitraum 2012 – 2016 (SIPRI 2017, 15) fünf in der EU (Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Spanien, Italien). Noch vor wenigen Jahren waren die EU-Staaten gemeinsam Rüstungsexportweltmeister vor den USA und Russland.

Dass das Anheizen von EU-Rüstungsexporten nicht überall und für alle auf dem Globus Demokratie und Menschenrechte wahrt, ist den Medien beinahe täglich zu entnehmen. Immer wieder tauchen »unsere« Waffen in Kriegsgebieten auf und niemand will verantwortlich sein. Exportinteressen und globale Rechtsstaatlichkeit sind nicht selten zwei Paar Schuhe. Der von der EU propagierte „kohärente Ansatz“ (Kapitel I) ist dabei in weiter Ferne. Nicht selten setzen sich national wie europäisch Wirtschafts-, Energie- und Geopolitik-Interessen gegen europäische Werte durch. Exportinteressen bringen oftmals mehr Gewicht auf die Waage als die Unterstützung bei der Entwicklung eines regional überlebensfähigen Wirtschaftskreislaufs in Ländern des globalen Südens. Die Politik der doppelten Standards spielt bei der Glaubwürdigkeit des europäischen Projekts eine besondere Rolle.

European Defence Fund

Im Juni 2017 wurde der „European Defence Fund“ von der EU-Kommission präzisiert. Das Ziel ist, „den Mitgliedstaaten zu helfen, das Geld der Steuerzahler effizienter auszugeben“ (European Commission 2017 a). Der Fund umfasst zwei Bereiche, nämlich Forschung und Entwicklung. Bis 2020 sollen – vollständig und von der EU direktfinanziert – jährlich 90 Millionen € zur Verfügung stehen. In der Periode nach 2020 soll der Beitrag auf jährlich 500 Millionen € anwachsen. Im Bereich „Entwicklung“ sind bis 2020 rund 2,5 Milliarden € budgetiert (2 Milliarden € der Mitgliedstaaten und 500 Millionen € der Kommission). Danach werden jährlich 5 Milliarden € in Aussicht gestellt, wobei die Mitgliedstaaten die Hauptlast tragen sollen. Ab 2020 ergibt dies einen Finanzierungsbedarf von 5,5 Milliarden € für den „European Defence Fund“. Die EU-Kommission (2017 b) verlangt, dass entsprechende Beiträge in den nationalen Budgets eingestellt werden. Der sonst so hoch gehaltene freie Markt wird im EU-Rüstungsbereich in Teilen

außer Kraft gesetzt. Staatsschulden zur Erhöhung des Sozialbudgets sind verpönt. Schulden zum Kauf von Waffen werden hingegen salonfähig. Die EU macht der Bevölkerung diese Ausgaben über das Arbeitsplatzargument schmackhaft.

Aufschlussreich erscheint im Fall des „European Defence Fund“ auch die Auseinandersetzung mit Begrifflichkeiten. Es wird nicht »interveniert«, sondern »verteidigt«, es wird nicht Krieg geführt, sondern »Krisenmanagement« betrieben, es werden »Stabilisierungseinsätze« lanciert, »Operationen« durchgeführt, »peace« wird »enforced«, es wird »humanitär interveniert«, man nimmt eine »Schutzverantwortung« wahr. Wichtig ist, dass die Begriffe weder martialisch noch kostspielig klingen.

EU-Rüstungsplan

*„Wer steckt dahinter,
wer will da die Geschäfte machen,
welche machtpolitischen Ziele werden damit verfolgt?“*

Robert Jungk, 1987

Die November 2016 hat die EU-Kommission den „Europäischen Verteidigungs-Aktionsplan“ vorgeschlagen. Dieser soll den EU-Rüstungsmarkt stärken und damit Kosten sparen helfen. Die „unzureichende Zusammenarbeit der Industrie und die mangelnde Interoperabilität“ sollen dadurch aufgelöst werden, indem Mittel in die Rüstungsindustrie gepumpt werden und damit laut EU-Kommission eine „engere Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich“ erreicht werden soll. Schwerpunktmaßnahmen sind erstens Rüstungsprogramme auf unterschiedlichen Ebenen und der Aufbau eines Binnenmarktes für Rüstungsgüter. Eine Ursache der mangelnden Kooperation war ein von der EU geförderter – dem Binnenmarktgedanken entgegenstehender – und von den Staaten betriebener Protektionismus.

Ein beträchtlicher Kuchen soll nun zur Verteilung gebracht werden. Deutsche und französische Rüstungsunternehmen haben sich längst mit gemeinsamen Plänen für neue Waffensysteme in Stellung gebracht. Angela

Merkel und Emmanuel Macron hatten im Juli 2017 einen neuen deutsch-französischen Kampfjet (Die Zeit 2017) und eine „Eurodrohne“ (Der Spiegel 2017) angekündigt. Auch ein in Europa zur Dominanz kommender deutsch-französischer Kampfpanzer (Die Zeit 2017) ist in Debatte. Neue EU-Konzentrationsprozesse zeichnen sich auch im Bereich der Marine ab. Diskussionen über europäische Dominanz sind all inclusive, denn es geht um die Unabhängigkeit der EU von der US-Rüstungsindustrie und volle Auftragsbücher für Deutschland und Frankreich. Nach den USA, Russland und China waren Frankreich und Deutschland die viert- bzw. fünfgrößten Waffenhändler der Welt (SIPRI 2017, 15).

Die Politik hantiert gegenüber der Öffentlichkeit mit zwei alten Greißlerei-Weisheiten von Oma und Opa. Erstens, dass Konkurrenz das Geschäft belebt und zweitens, dass Zusammenlegungen das Produkt billiger machen. Das gilt für den EU-Rüstungsmarkt und die dortigen big player unter den gegenwärtigen Regeln und Interessen nur eingeschränkt. Die Welt gab selten zuvor so viel für Rüstung aus und selten zuvor hatte die angepeilte militärische Spitzentechnologie so astronomische Preise, und zwar auch in der EU. Nicht immer bilden ganz allgemein am Markt nur Angebot und Nachfrage den Preis. Nicht immer führt noch mehr öffentliches Geld in private Kassen zu weniger Marktkonzentration. Und nicht immer kann in EU-Strategiedebatten der Eindruck gewonnen werden, dass die Politik die Richtung bestimmt und dafür geeignete Instrumente wählt. Die aufwändigen Inserate in politiknahen EU-Hochglanzsicherheitszeitschriften sind oft aufschlussreicher als die Zeitschriftenaufsätze. Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit der EU im Militärbereich (nächster Abschnitt IV) und die jüngsten deutsch-französischen Kooperationen entpuppen sich als „humanitäre Intervention“, nämlich zur Rettung der EU-Rüstungsindustrien.

Atomwaffen und die Rolle der EU

Seit Juli 2017 hat die Welt einen Atomwaffenverbotsvertrag (vgl. Roithner 2017 b, 19). 122 Staaten stimmten dafür. Schon jetzt liegen ausreichend Ratifikationen vor, um diesen auch in Kraft zu setzen. Verboten ist die Entwicklung, der Test, die Produktion, jeglicher Erwerb, Besitz, Stationie-

rung, Aufstellung und Lagerung von Atomwaffen und anderen nuklear explosiven Vorrichtungen. Ebenso untersagt sind Transfer und Weitergabe oder Empfang von Kontrolle über Atomwaffen. Rechtswidrig ist natürlich die Verwendung oder auch nur die Androhung der Verwendung. Und niemand darf dazu ermutigt werden oder selbst animieren.

Österreich war ein zentraler Akteur, um diesen Erfolg zu realisieren. Ein Ausgangspunkt von Österreichs jüngstem Engagement für eine atomwaffenfreie Welt war der „humanitarian pledge“. Darin verpflichteten sich 127 Staaten im Herbst 2016, eine Ächtung und ein Verbot von Nuklearwaffen anzustreben. Eine zentrale Feststellung der Selbstverpflichtung geht davon aus, dass die humanitären, gesundheitlichen, ökologischen oder wirtschaftlichen Konsequenzen einer nuklearen Explosion kaum denkbar und kontrollierbar sind. Bereits 1958 argumentiert Robert Jungk in seinem Werk „Strahlen aus der Asche“ ähnlich: „Hiroshima mahnt zum Frieden, nicht etwa, weil es das Wort »Heiwa« (Frieden) wie ein Reklameetikett auf alles und jedes klebt, sondern weil es eine ganz schwache Ahnung davon gibt, wie diese unsere Erde nach einem Atomkrieg aussehen würde“ (Jungk 1958, 313).

Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) hat für ihren Beitrag zur Erreichung eines Atomwaffenverbotsvertrages 2017 den Friedensnobelpreis erhalten. Neben ICAN wurden auch in der Vergangenheit immer wieder Institutionen (u. a. Pugwash Konferenz, IPPNW) und Persönlichkeiten (u. a. Józef Rotblat, Linus Pauling) mit einem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, die sich für nukleare Rüstungskontrolle und Abrüstung engagiert haben. Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen auf lokaler, nationaler, kontinentaler und globaler Ebene haben in über sieben Dekaden mit Vorschlägen und Aktionen – auch über zivilen und gewaltfreien Ungehorsam – zur Bewusstseinsbildung beigetragen.

Nachvollziehbar ist, dass die Atomwaffenstaaten nicht an den Verhandlungen teilgenommen haben. Sie wollen die Aufteilung der Welt in nukleare „Habenichtse“ und ihren nuklearen Muskeln aufrechterhalten. Alle

NATO-Staaten sind über die nukleare Teilhabe unter dem Schirm der Nukleardoktrin. Die Krux an der Sache ist, dass 22 NATO-Staaten auch EU-Staaten sind. Das EU-Parlament ist mehrheitlich der Auffassung, die Mitgliedstaaten sollten die Vertragsverhandlungen „willkommen heißen“ und „konstruktiv teilnehmen“. Nicht zum ersten Mal haben diese Staaten eine NATO-Meinung und eine parlamentarische EU-Meinung, die sich widersprechen. Für manche Staaten existiert neben einer NATO-Realität ebenso eine parlamentarische EU-Realität. Militärische Bündnisloyalität sticht Wertegemeinschaft. Innerhalb der EU-28 haben sich sechs Staaten dem Atomwaffenverbotsvertrag nicht verweigert. Neben Österreich waren dies Irland, Malta, Zypern, Schweden und Finnland. Nicht zufällig sind alle sechs Staaten neutral bzw. paktfrei.

Dieser Erfolg zeigt, dass Partner für Friedenspolitik nicht naturgesetzlich in der EU zu finden sind. Gut beraten ist Österreich, sich global nach Verbündeten umzusehen (vgl. Guth et al 2017 b, 264) und nicht an den von der EU gesetzten politischen und geographischen Tellerrändern das Denken aufzugeben. Viel zu wenige Abrüstungsfreunde fanden Österreichs Diplomaten innerhalb der EU. Augenscheinlich wird auch, dass die Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Neutralen und Paktfreien innerhalb der EU (Österreich, Schweden, Finnland, Irland, Malta und Zypern) nicht ausgeschöpft werden. Das Regierungsprogramm von ÖVP und FPÖ (2017, 24) bekennt sich zur „Fortsetzung der österreichischen Initiativen zu Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nicht-Weiterverbreitung von Nuklearwaffen sowie Eintreten für eine nuklearwaffenfreie Welt.“

Hierarchisierung der Nationalstaaten

*„Ein solches Modell souveräner Zentren,
die in einer Föderation miteinander verbunden sind,
wäre für Europa im nächsten Jahrhundert am besten.“*

Leopold Kohr, 2006

Jean-Claude Junckers „EU der verschiedenen Geschwindigkeiten“ ist in der Sicherheits- und Rüstungspolitik zumindest auf dem Papier schon weit gediehen. Der Vertrag von Lissabon kennt betreffend Auslandseinsätze zwei Modelle, die Beauftragung einer Staatengruppe oder eine Ständig Strukturierte Zusammenarbeit (EU Vertrag von Lissabon, Artikel 42.5, 42.6.). Die Kriterien sind ausschließlich militärisch oder rüstungsindustriell definiert (Ambitionsniveau für Militäreinsätze, Beteiligung an EU-Rüstungsprojekten, Mindestausgaben pro SoldatIn) (Rehr/Weisserth 2010, 30f), zivile Komponenten sind dem deutsch-französisch dominierten sicherheitspolitischen Kerneuropa unbekannt. Das Kerneuropa der Sicherheit stellt sich als autoritäre Vertiefung der EU dar. Die politisch Willigen und militärisch Fähigen geben den Ton an, wenngleich es heute für Militäreinsätze die Zustimmung aller EU-Staaten braucht. Das Ziel der engeren Zusammenarbeit im EU-Sicherheitsbereich ist nicht die Überwindung der Nationalstaaten, sondern deren Hierarchisierung.

Die EU sieht im Vertrag von Lissabon (2007) „die Gleichheit aller Mitglieder vor den Verträgen“ vor. Der Euro oder das Schengener Abkommen sind Beispiele für eine engere Zusammenarbeit zwischen EU-Staaten. Nicht alle sitzen am Tisch. Auch in der Sicherheitspolitik ist Kerneuropa nichts Neues. Einige EU-Staaten betreiben Forschung und Entwicklung zu Drohnen, Marine oder zur militärischen Nutzung des Weltraumes (EU Rat 2008 a). Genauso geschieht dies bei den Auslandseinsätzen. Die politisch Willigen und militärisch Fähigen marschieren im Namen der EU-28 los. Jedoch nichts geht ohne Deutschland und Frankreich.

Aus heutiger Gestalt der EU betrachtet, stellt das sicherheitspolitische Kerneuropa eine undemokratische Überwindung einer uneinigen Außenpolitik dar. Allerdings will Sebastian Kurz eine Lösung „im Einklang mit der Neutralität“ (Die Presse 2017 b). Wäre diese mit einer Art von Bündnisautomatik verbunden, so ist sie weder nach den Buchstaben des Neutralitätsgesetzes noch mit seinem politischen Sinn vereinbar. Das Regierungsprogramm von ÖVP und FPÖ (2017, 24) schreibt ein „klares Bekenntnis zu einer aktiven Neutralitätspolitik Österreichs“ fest und will die EU im Sinne des Szenarios „Weniger, aber effizienter“ weiterentwickeln.

Nach dem EU-Vertrag von Lissabon können auf Basis der Kerneuroparegelungen politische oder militärische Bedenken vertragskonform abgekoppelt werden. Die Willigen und Rüstigen machen mit, die anderen bleiben draußen. Wer am Abstellgleis steht, hat in Folge auch nicht mehr überall mitzureden. Dänemark spielt sicherheitspolitisch in der EU traditionell nicht mit und auch Großbritannien hat eine Sonderrolle. Zurückhaltend – so auch hier – stets das neutrale Malta. Des Pudels Kern: es gibt in wesentlichen Fragen der EU-Außenpolitik keine gemeinsame Haltung.

Unbestritten ist das nun Gestalt annehmende ständige militärische Kerneuropa zwischen den zum Zeitpunkt der Beschlussfassung eine Regierungskoalition bildenden Hans Peter Doskozil (SPÖ) und Sebastian Kurz (ÖVP) (Die Presse 2017 a). Die FPÖ verlangt eine Aufrüstung des Heeres und sieht in Kerneuropa einen Verbündeten, wobei die FPÖ nunmehr sowohl das Verteidigungsministerium, das Innenministerium (Polizeientsendungen) wie auch das Außenministerium personell innehat.

Offiziell ist in der EU im Zusammenhang mit der Ständig Strukturieren Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO) von einer „regelmäßigen realen Aufstockung der Verteidigungshaushalte“ (EU Rat 2017 b und Roithner 2017 e) die Rede. Eine erste Projektliste lag ruck zuck auf dem Tisch. Und damit niemand bummelt, gibt es nationale Umsetzungspläne und eine „Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung“ (CARD) (EU Council 2017).

Stichworte sind nicht Rüstung und Militärintervention, sondern man hat rechtzeitig auf „Verteidigung“ umetikettiert. Flankiert wird dies vom Auswärtigen Dienst der EU (EAD), dem EU-Militärstab (EUMS) und von der EU-Verteidigungsagentur (EDA) (EU Rat 2017 b, 5f). Das Netz an EU-Einrichtungen und von den Mitgliedstaaten eingegangenen Verpflichtungen soll dafür Sorge tragen, dass in Fragen von Rüstung und Truppen niemand den Retourgang einlegen kann.

„Europäische Interventionsinitiative“

Rüstungsprogramme und Rüstungsverpflichtungen hat die EU in der Vergangenheit schon genug aufgelegt. Papier hat sich diesbezüglich als geduldig erwiesen. Unverbindliches blieb unverbindlich. Warum sollte es jetzt klappen? Natürlich braucht die EU greifbare Erfolge und Fortschritte, aber Glyphosat und ein billigerer Telefonschilling sind zu wenig. Emmanuel Macrons Armee spricht von einer „europäischen Interventionsinitiative“ (Französische Botschaft 2017), also „gemeinsam auf glaubwürdige Art und Weise zu intervenieren“. Deutschlands Regierungsberater zeigen sich erfreut über Frankreichs Pragmatismus. Wenn die EU zeigen kann, wo der Hammer hängt, ist auch der Applaus der politischen Rechten gewiss. Die Forderung der FPÖ nach mehr Geld für das Bundesheer ist flankiert von der Forderung der EU (vgl. zur Wirtschaftspolitik: Guth et al 2017 a, 153) nach Einhaltung der rüstungspolitischen Zusagen von Österreichs Sozial- und Christdemokratie.

Musterschüler Österreich 2018?

Natürlich soll die Frage gestattet sein, ob's so heiß gegessen wird wie gekocht. Muss nicht, aber Einiges deutet drauf hin. 2017 brachte den EU-Rüstungsfonds, ständiges Kerneuropa, neue Möglichkeiten für die EU-„battle groups“ oder das militärische Hauptquartier. Bei PESCO wird sich Österreich u. a. an einem Projekt für den grenzüberschreitenden Militärtransport engagieren (Der Standard 2017) und auch die „Zusammenführung der Exportkontrollmechanismen für Militärgüter“ (ÖVP/FPÖ 2017, 23) finden sich im Regierungsprogramm.

Werden die EU-Staaten die neuen Instrumente implementieren und bezahlen oder nicht? Österreichs EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 2018 wird jene eines politischen Musterschülers sein. Trotz oder gerade wegen der FPÖ-Regierungsbeteiligung.

Vorschlag Ziviles Kerneuropa

Die Kriterien von Kerneuropa orientieren sich am Militärischen. Alternativ vorgeschlagen wird hier ein offenes und ziviles Kerneuropa (Roithner 2015, 27). Partner innerhalb und außerhalb der EU ergeben sich aus den Aufgabenfeldern: zivile Krisenprävention, Versöhnung, Vermittlungstätigkeit, ziviles Krisenmanagement, Unterstützung und Initiierung von Abrüstung, Begleitung von Friedensprozessen, vertrauensbildende Maßnahmen, konfliktsensitive Berichterstattung oder nichtmilitärische Konfliktnachsorge.

Dieses zivile Kerneuropa kann im Sinne eines gesamtstaatlichen Ansatzes begriffen werden: enge Abstimmung mit internationalen Organisationen, Unterstützung durch die Forschung, Begleitung und Umsetzung auf gleicher Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft und kritische Beobachtung durch die Medien. Basis dieses Handelns ist das völkerrechtlich geregelte Gewaltverbot der UNO.

Globale UN-Ordnung

Das multilaterale Gefüge der UNO im Allgemeinen und das völkerrechtlich verankerte Gewaltverbot im Besonderen sind für die friedlichen Beziehungen der Staaten von herausragender Bedeutung. Unabhängig davon, ob die Welt amerikanisiert, europäisiert oder sinisiert wird, braucht es akzeptierte Gestalter künftiger wetterfester Ordnungsstrukturen.

Multilateralismus

Die UNO verfügt auf institutioneller Basis über wichtige Ansätze einer umfassenden Friedenspolitik, die weit über den engen Sicherheitsbegriff hinausgehen. Das Umweltprogramm (UNEP), das Entwicklungsprogramm (UNDP) oder das Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) sind Institutionen, die nicht nur um die Wirtschaftsinteressen eines Blocks von Staaten kreisen.

Trotz aller berechtigten Kritik ist die UNO auch für die Zukunft als das global und integrierend wirkende Forum und Entscheidungsgremium zu betrachten. Bündnisse und Staatenkooperationen (z. B. G7, NATO, BRICS) können die UNO nicht ersetzen und repräsentieren nur ausgewählte Staaten. Die aktuellen geopolitischen und geoökonomischen Machtübergänge (BRICS-Staaten, Schanghai-Organisation, Entwicklungsbank oder Asiatische Infrastruktur Investmentbank) benötigen inkludierende Dialogmöglichkeiten auf Basis des völkerrechtlichen Gewaltverbots. Mehr militärische Muskeln von Wenigen werden weder die globale Armut reduzieren, noch das Klima retten oder für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Gewaltverbot

Die Charta der UNO erlaubt einen Waffengang nur im Fall eines einstimmigen Beschlusses des Sicherheitsrates und der Selbstverteidigung (Artikel 51). Das Gewaltverbot der UNO – politisch klug angewandt – schränkt eine zügellose militärische Globalisierung ein. Das Gewaltverbot bildet einen zentralen Bestandteil der internationalen Ordnung, dessen Einhaltung besonders westliche Staaten seit 1989 immer wieder verletzt haben.

Ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates für EU-Militäreinsätze wird nicht mehr explizit zur Bedingung gemacht, sondern in speziellen Fällen für die EU-„battle groups“ sogar „nicht als notwendig erachtet“ (EU 2009, 3). Das schlampiger werdendes Verhältnis der EU zur UNO äußert sich nicht nur in der möglichen völkerrechtswidrigen militärischen Vorgangsweise, sondern auch in der mangelnden Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten bezüglich der Truppenstellung für UNO-Einsätze. Auf ein schlampigeres Verhältnis wirtschaftlich und/oder politisch mächtiger werdender Staaten zum Völkerrecht reagiert die EU jedoch mit Kritik und Sanktionen.

Im Bereich Frieden und Sicherheit ergeben sich im UNO-Kontext Möglichkeiten für Abrüstung und Rüstungskontrolle (z. B. IAEA, nukleare Teststoporganisation). Die Möglichkeiten der UNO dürfen jedoch nicht von der Kritik befreien und sind mit der Reform der Weltorganisationen zu verknüpfen. Dies betrifft beispielsweise die Zusammensetzung des UNO-Sicherheitsrates oder die unterschiedlichen Problembereiche von UNO-Einsätzen (mangelnde Zusammenarbeit, machtlose Mandatierungen oder Prostitution).

Frieden und Sicherheit entwickeln sich in Österreich tendenziell zu einer institutionellen Monokultur. Augenscheinlich ist zudem, dass sich die EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik „in vollständiger Komplementarität mit der NATO“ (EU 2013, 2) entwickelt. Die EU-Globalstrategie (2016, 16) legt Ähnliches fest: „In Fragen der kollektiven Verteidigung ist und bleibt die NATO der primäre Handlungsrahmen.“

Abgesehen vom abgeschlossenen OSZE-Vorsitz Österreichs im Jahr 2017 und der Reaktivierung der Organisation im Krieg in der Ukraine verliert auch die OSZE im Vergleich zur EU an Bedeutung. Die Verabschiedung des Atomwaffenverbotsvertrages im Jahr 2017 – Österreichs Diplomatie hatte sich für dieses Anliegen international besonders engagiert – zeigt die Notwendigkeit eines globalen Ansatzes. Die EU ist heute kein Katalysator für Abrüstung, sondern steht diesem Anliegen mit Blick auf die Mitgliedstaaten nicht selten im Weg. Richtig beraten ist Österreich, die auch in Wien

beheimateten UNO-Institutionen für Abrüstung zu nützen sowie politisch wie finanziell zu stärken. Um keinen falschen Applaus zu bekommen: Zielsetzung ist ein Internationalismus und kein Zurück zum Nationalstaat (vgl. am Beispiel der Wirtschaftspolitik Guth et al 2017 a, 152).

Außenpolitik ist mehr als der Staat

„Betroffene zu Beteiligten machen.“

Robert Jungk

Die Forschung bestätigt (vgl. für diesen Abschnitt Roithner/Hämmerle 2017, vgl. Guth et al 2017 b, 267), dass Vermittlungstätigkeiten und Vereinbarungen in Friedensprozessen in den letzten Dekaden an Bedeutung gewonnen haben (Schreiber 2011). Außenpolitik reicht weit über Politik, Diplomatie, Militär, internationale Organisationen oder transnationale Konzerne hinaus. Zivilgesellschaftliche Aktivitäten gehören – wie die Arbeit der Wissenschaft, der Religionsgemeinschaften, der Gewerkschaften, der Kulturschaffenden oder der Medien – zu einem Wesensmerkmal einer demokratischen und lebhaften Gesamterscheinung von Außenpolitik.

Die Staatenwelt kann durch die Beiträge der Gesellschaftswelt profitieren. Vor allem in der Konfliktprevention, der öffentlichen Unterstützung von Friedensprozessen, der Kriegsfolgenaufarbeitung oder im Bereich der Versöhnung fällt das Ergebnis besonders positiv aus (Ropers 2010). Vertrauen und Glaubwürdigkeit sind nur zwei Stichworte für die Erfolgsbilanz.

Zivile Friedensfachkräfte

Auch die Personalentsendungen aus Österreich im Rahmen unterschiedlicher Friedens- und Freiwilligendienste der letzten Dekaden bestätigen dies. Die Besonderheit von zivilen Friedensfachkräften gegenüber freiwilligen Friedens- oder Gedenkdiensten im Ausland liegt darin, dass sie professionell und gut ausgebildet über längere Zeit direkt an der Bearbeitung eines Konflikts mitwirken und nicht primär die eigene Lernerfahrung im Zentrum steht. In verschiedenen europäischen Staaten kommen bereits zivile bzw. zivilgesellschaftliche Friedensfachkräfte zum Einsatz.

Internationale Erfahrungen

Die skandinavischen Staaten können auf eine lange Tradition friedenspolitischer, ziviler Aktivitäten verweisen. Schweden und Finnland, neutrale

bzw. blockfreie EU-Mitglieder, haben sich u. a. durch den Aufbau ziviler ExpertInnen-Pools und entsprechende Trainingsmaßnahmen einen Namen gemacht. Staaten und NGOs arbeiten dabei zusammen. In der neutralen Schweiz ist eine eigene Abteilung im Außenministerium seit den 1990er Jahren u. a. dafür zuständig, einen ExpertInnenpool für zivile Friedensförderung (jährlich etwa 200 Entsendungen) zu betreiben. In der Schweizer Friedensstiftung kooperieren Außenministerium und 46 NGOs, um Dialoge und Lernprozesse im Bereich Peacebuilding zu koordinieren sowie gemeinsame Friedensinitiativen zu entwickeln. In Italien läuft seit zwei Jahren eine Experimentierphase für ein Ziviles Friedenscorps, einer Mischform von Freiwilligendienst und Zivilem Friedensdienst, das vom Staat finanziert wird.

Auch in Deutschland ist in den letzten 20 Jahren eine Infrastruktur für zivile Konfliktbearbeitung aufgebaut worden, die u. a. das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (staatliche Entsendungen ziviler ExpertInnen), den Zivilen Friedensdienst (Entsendung von Friedensfachkräften als Gemeinschaftswerk von NGOs und Entwicklungsministerium), die Fördereinrichtung ZIVIK für zivilgesellschaftliche Initiativen, die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) und die Deutsche Stiftung Friedensforschung umfasst. Im Juni 2017 hat die Bundesregierung die neuen Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ beschlossen, deren Umsetzung von einem interministeriellen Steuerungsgremium geleitet und u. a. von einem parlamentarischen Unterausschuss und einem eigenen Beirat evaluiert wird.

Das 1999 geschaffene Instrument des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) ist ein Programm für Gewaltprävention und Friedensförderung in Krisen- und Konfliktregionen. Darin unterstützen professionell ausgebildete Fachkräfte langfristig Menschen vor Ort in ihrem Einsatz für Dialog, Menschenrechte und Frieden. Neun deutsche Entwicklungs- und Friedensorganisationen – mit dem „Konsortium ZFD“ als gemeinsamer Plattform – entsenden derzeit rund 300 zivile Friedensfachkräfte in 44 Länder. Seit der Gründung des ZFD waren mehr als 1200 internationale Fachkräfte in 60 Ländern aktiv. Im

Zivilen Friedensdienst arbeiten Zivilgesellschaft und Staat im Sinne eines „Gemeinschaftswerks“ zusammen, er wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit 2017 mit einem Budget von 45 Millionen € gefördert und regelmäßig evaluiert. Inzwischen ist der ZFD als anerkanntes Instrument der Friedens- und Entwicklungspolitik fest in der deutschen Außenpolitik verankert.

Zivile Tätigkeitsbereiche

„»Friedensinseln« sind Experimente, die Hoffnung schaffen und damit erste Schritte in eine neue Welt von morgen wagen.“

Robert Jungk, 1991b

Die vielfältig wie einzelne Konflikte in verschiedenen Regionen sich darstellen, so vielfältig sind auch die Ziele und möglichen Einsatzbereiche für zivile Fachkräfte und Friedensdienste. Unterschieden werden nach Christine Schweitzers Buch „Erfolgreich gewaltfrei“ folgende Ziele und Strategien ziviler Konfliktbearbeitung, denen hier beispielhaft konkrete Aktivitäten zugeordnet werden:

1. *Prävention*: gewaltsamen Konflikten vorbeugen (z. B. durch vertrauensbildende Maßnahmen, Dialogförderung, Frühwarnsysteme, Wahlbeobachtung)
2. *Peacemaking*: politische Regelungen suchen (z. B. durch Schiedsgerichte, Verhandlungen, Mediation auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen)
3. *Peacekeeping*: vor Gewalt und Verletzung von Menschenrechten schützen (z. B. durch zivile Beobachtungsmissionen von Waffenstillständen, internationale Präsenz und Schutzbegleitung, Beobachtung und Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen, unbewaffneter Schutz von ZivilistInnen)
4. *Peacebuilding*: Ursachen und Folgen von Gewalt bearbeiten.

Christine Schweitzer benennt insgesamt zehn Hauptaufgaben wie z. B. die Beseitigung von Schäden und die Rückkehr von Flüchtlingen (sozialer Wiederaufbau, begleitete Flüchtlingsrückkehr), die (psycho-)soziale Arbeit (z. B. Traumata bearbeiten, KindersoldatInnen reintegrieren), die Schaffung von Gerechtigkeit (Übergangsjustiz, Aufarbeitung der Vergangenheit, Wahrheits- und Versöhnungskommissionen), die Förderung der Zivilgesellschaft (durch Bildung, Stärkung von Frauen in Friedensprozessen, Ausbildung für konfliktensensitiven Journalismus) oder die direkte Förderung von Friedensfähigkeit (Friedenserziehung, Abbau von Feindbildern, Versöhnungsarbeit).

Vorschlag für Österreich

An Bekenntnissen der letzten Bundesregierungen zur zivilen Friedensförderung mangelt es nicht. Regierungsprogramme, Sicherheitsstrategien sowie offizielle Berichte und Konzepte unterschiedlichster staatlicher Stellen betonen den Beitrag und die Wichtigkeit ziviler und zivilgesellschaftlicher außenpolitischer Tätigkeiten. Zwischen dem hoffenden Wunsch und der Realität klafft allerdings eine große Lücke.

Für die 26. parlamentarische Legislaturperiode wird hier vorgeschlagen, in den ersten drei Jahren eine unabhängige wissenschaftliche Machbarkeitsstudie für einen zivilen, nichtstaatlichen Friedensdienst für Österreich zu erstellen, auf die dann eine zweijährige Pilotphase folgen soll. Internationale wie nationale Erfahrungen, best practice-Modelle, Aufgabenfelder, Ausbildungsmöglichkeiten und Kooperationsmodalitäten mit staatlichen Stellen sollen erarbeitet werden. Die Studie soll auch Finanzierungsmodelle – beispielsweise eine staatlich eingerichtete Stiftung bzw. einen Fonds für Friedensforschung und Friedenspolitik – darstellen. Zivile Fachkräfte können dabei je nach Tätigkeitsfeld unterschiedliche Ausbildungen und Erfahrungen mitbringen. Zu verfolgen ist dabei ein Gesamtansatz, der die Zivilgesellschaft, wissenschaftliche Kapazitäten, Medien und weitere relevante AkteurInnen integriert. Zielsetzung am Ende der laufenden parlamentarischen Legislaturperiode ist, mit einer mit den wesentlichen Akteuren abgestimmten und erprobten Konzeption einen staatlich finanzierten und politisch unabhängigen Zivilen Friedensdienst dauerhaft einzurichten.

Wesentlich kurzfristiger könnten in der laufenden Legislaturperiode bereits früh die entsprechenden und notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Entsendung ziviler ExpertInnen durch staatliche und nichtstaatliche Stellen im Rahmen eines Auslandseinsatzkonzeptes beschlossen werden. Die neue Bundesregierung sollte sich zu diesen Vorhaben, inklusive der budgetären Vorkehrungen, selbst verpflichten. Der Bundespräsident könnte für die Aufbauphase die Schirmherrschaft dieses neuen Außenpolitikinstrumentes übernehmen.

Neutralität und Präventionsagenda

Völkerrechtlich steht die immerwährende Neutralität „für die Verpflichtung eines Staates, sich an keinem Krieg im Sinne des Völkerrechtes – wo, wann und zwischen wem immer er stattfinden mag – zu beteiligen“ (Rotter 2007, 183). Der Status hält den Neutralen aber auch an, „bereits in Friedenszeiten darauf zu achten, dass er sich für den Neutralitätsfall ausreichend Freiraum für autonomes Gestalten seiner Neutralität bewahrt“ (Rotter 2007, 183). EU-Rüstungsverpflichtungen, Bündnisautomatismen und enge Kooperationen mit der NATO schränken diesen Freiraum und die Glaubwürdigkeit der Neutralität beträchtlich ein.

Die mögliche Umsetzung bestehender und geplanter EU-Vorhaben könnte nicht nur mit der Neutralitätspolitik, sondern auch mit dem Neutralitätsgesetz in Konflikt geraten (Roithner 2017 c). Die Haltungsunterschiede zwischen den politischen Eliten und der Bevölkerung in Bezug auf das potenzielle Unvereinbarkeiten aufweisende Verhältnis von Neutralität und EU stellen sich als Konstante der letzten beiden Dekaden heraus.

Ein Blick in die Geschichte der Neutralität Österreichs zeigt, dass diese stets im internationalen Kontext ausgelegt wurde und nicht als Legitimation für eine isolationistische Mentalität, deren Blick nur bis zum eigenen Gartenzaun reicht. In Untersuchung der neutralen bzw. paktungebundenen Staaten innerhalb der EU – Schweden, Finnland, Irland, Malta und Österreich – zeigt sich, dass diese in der Summe betrachtet stets ihre globale Außenpolitik betont haben, sich für Abrüstung engagierten, aktive Politik im Rahmen der UNO betrieben, sich für Vermittlung und Entspannung einsetzten und den KSZE-Prozess vorantrieben. Zweifellos ist in der heutigen Politik viel davon verloren gegangen.

Zivile Krisenprävention

Das Österreichische Regierungsprogramm, die Sicherheitsstrategie oder der Leitfaden „Sicherheit und Entwicklung“ räumen der Konfliktprävention einen großen Stellenwert bzw. eine Priorität ein. An einer effektiven Um-

setzung mit Strahlkraft scheidet es jedoch. Um ursachenorientierte zivile Prävention effektiv wirksam werden zu lassen, bietet ein breiter Friedensbegriff die Grundlage. Dieser schließt Fragen wie globale Verteilungsgerechtigkeit, faire Wirtschaftsbeziehungen, Armutsbekämpfung, Klima- oder Ressourcenpolitik mit ein. Die Lösung der miteinander verbundenen Problemkreise ist kein Almosenverteilungsprojekt, sondern liegt im gemeinsamen Interesse. Eine Debatte über die Grenzen des ökonomischen Wachstums hat längst auch China erreicht. Eine umfassende Präventionsagenda ist auch ein Beitrag gegen neue Zäune und Mauern in und um Europa.

Vorschlag zum Bundesheer

Angesichts des gegenwärtig mancherorts in Frage gestellten Multilateralismus, der Abrüstungsprozesse und des Gewaltverbots, sei hier ein visionärer Vorschlag betreffend des Österreichischen Bundesheeres unterbreitet. Zielsetzung ist die völkerrechtskonformste Armee der Welt. Österreich stellt der UNO und der OSZE 2000 SoldatInnen für UNO-mandatierte Aufgaben permanent zur Verfügung. Dies umfasst militärisches know-how für Abrüstungsmaßnahmen, peace-keeping oder Beobachtungsmissionen. Österreich trainiert und bezahlt dieses Personal und die UNO setzt dieses mit einem defensiven Mandat ein. Begleitet wird dies von einem zivilen Katastrophenschutz und der Einführung eines Friedensdienstes nach dem deutschen Modell.

Politisch setzt sich Österreich für eine zivile Präventionsagenda ein. Kein Staat wäre gegenüber der internationalen Gemeinschaft solidarischer. Für den Rest der Armee gilt Immanuel Kants (1784) Zielsetzung aus dem Werk „Zum ewigen Frieden“: „stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören“. Dies ist keineswegs problematisch. Nicht nur Robert Jungk (1991 a) sagt: „Solange es Waffen und Streitkräfte gibt, wird eine gute Zukunft nicht möglich sein“, sondern auch nach Maßgabe von Alfred Nobel, dem Stifter des Nobelpreises, soll man nämlich genau dafür einen Friedensnobelpreis erhalten.

Anmerkung

Die Arbeit an diesem Manuskript wurde mit 23.12.2017 abgeschlossen und basiert u. a. auf folgenden Beiträgen des Autors:

Roithner Thomas, 2018: Sicherheit, Supermacht und Schießgewähr. Krieg und Frieden am Globus, in Europa und Österreich, myMorawa, Wien

Roithner Thomas, 2017: Mit Sicherheit kein Frieden. Militarisierung der Europäischen Union und Österreichs, in: Widerspruch, 36. Jahrgang, Ausgabe 70, 2. Halbjahr, Zürich, 23-34

Roithner Thomas / Pete Hämmerle, 2017: Fachkräftemangel. Ein Vorschlag für zivile Friedensfachkräfte in Österreich als neues Außenpolitikinstrument, in: International. Zeitschrift für internationale Politik, Arbeitsgemeinschaft Internationale Publizistik, Nr. III/2017, Wien, 19-21

Roithner Thomas, 2017: Märkte, Macht und Muskeln. Die Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreichs und der EU, myMorawa, Wien

Literatur

Altvater Elmar / Mahnkopf Birgit, 2008: Geoökonomie und Geopolitik der europäischen Integration, in: Mader Gerald / Roithner Thomas (Hrsg.): Europäische Friedenspolitik. Inhalte, Differenzen, Methoden und Chancen, LIT Verlag, Münster – Wien, 298-323

Bailes Alyson J.K. / Cottey Andrew, 2010: Euro-Atlantic security and institutions: rebalancing in the midst of global change, in: Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) (ed.): SIPRI Yearbook 2010, Oxford – New York, 149-174

Brössler Daniel, 2017: Europa soll eine militärische Komponente erhalten, in: Süddeutsche Zeitung, 10.11.2017, <http://www.sueddeutsche.de/politik/verteidigungspolitik-europa-soll-eine-militaerische-komponente-erhalten-1.3743971> (Abfrage 20.12.2017), München

Brzoska Michael, 2008: Der konfliktträchtige Klimawandel – Ein Sicherheitsproblem?, in: Heinemann-Grüder Andreas / Hippler Jochen / Weingardt Markus / Mutz Reinhard / Schoch Bruno (Hrsg.): Friedensgutachten 2008, LIT Verlag, Berlin, 195-206

Bundesministerium für Finanzen (BMF), 2017: Budget 2017, Wien, https://www.bmf.gv.at/aktuelles/Praesentation_Budget_2017.pdf?5miwx9 (Abfrage 20.12.17), Wien

Croll Hannelore / Wergin Clemens, 2007: Warum José Manuel Barroso die EU so sehr liebt, in: Die Welt, 17.10.2007, <https://www.welt.de/politik/article1271522/Warum-Jose-Manuel-Barroso-die-EU-so-sehr-liebt.html> (Abfrage 20.12.17), Berlin

Der Standard, 2017: Österreich beteiligt sich mit vier Projekten an EU-Militärkooperation, 11.12.2017, derstandard.at/2000069999974/

Oesterreich-beteiligt-sich-mit-vier-Projekten-an-EU-Militaerkooperation (Abfrage 20.12.2017), Wien

Der Spiegel, 2017: Merkel bei Macron. Frankreich und Deutschland wollen Kampfjet entwickeln. Das Ziel ist eine „neue Generation von Kampfflugzeugen“, 13.7.2017, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/angela-merkel-und-emmanuel-macron-wollen-europaeischen-kampfjet-entwickeln-a-1157586.html> (Abfrage 20.12.2017), Hamburg

Die Presse, 2017 a: Doskozil: Österreich beteiligt sich an EU-Militärzusammenarbeit, 7.9.2017, https://diepresse.com/home/ausland/eu/5281471/Doskozil_Oesterreich-beteiligt-sich-an-EUMilitaerzusammenarbeit (Abfrage 20.12.17), Wien

Die Presse, 2017 b: EU-Verteidigungspakt beschlossen: „Kein Rütteln an der Neutralität“, 13.11.2017, https://diepresse.com/home/ausland/eu/5319336/EUVerteidigungspakt-beschlossen_Kein-Ruetteln-an-der-Neutralitaet (Abfrage 20.12.17), Wien

Die Zeit, 2017: Europäische Union: Deutschland und Frankreich wollen gemeinsamen Kampfjet entwickeln, Das neue Kampfflugzeug soll Eurofighter und Rafale ersetzen, 13. Juli 2017, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/europaeische-union-emmanuel-macron-angela-merkel-vorhaben-kampfflugzeug> (Abfrage 20.12.17), Hamburg

Europäische Union, Rat, 2008 a: ESVP-Bericht des Vorsitzes, 9.12.2008, 16686/08, Brüssel

Europäische Union, Rat, 2008 b: Bericht über die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie – Sicherheit schaffen in einer Welt im Wandel, Bericht des Generalsekretärs/Hohen Vertreters für den Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat, 16823/1/08, REV 1, 5.12.2008, Brüssel

Europäische Union, Rat, 2017 a: Schlussfolgerungen des Rates zur Sicherheits- und Verteidigung im Kontext der Globalen Strategie der EU, 13. November 2017, 14190/17, Brüssel

Europäische Union, Rat, 2017 b: Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich: 23 Mitgliedstaaten unterzeichnen eine gemeinsame Mitteilung über die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO), Pressemitteilung, 13.11.2017, Brüssel

Europäisches Parlament, 2009: Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. Februar 2009 zu der Europäischen Sicherheitsstrategie und die ESVP (2008/2202(INI)), Brüssel

European Commission, 2017 a: A European Defence Fund: € 5.5 billion per year to boost Europe's defence capabilities, Press release 7 June, Brussels

European Commission, 2017 b: Fact Sheet. The European Defence Fund, 7 June 2017, Brussels

European Parliament, 2009: Resolution of 19 February 2009 on the European Security Strategy and ESDP, Brussels

European Union, 2001: Vertrag von Nizza, https://www.ecb.europa.eu/ecb/legal/pdf/de_nice.pdf (Abfrage 20.12.17), Brussels

European Union, 2003: A Secure Europe in a Better World, European Security Strategy, Brussels

European Union, 2007: Consolidated versions of the Treaty on European Union, Lisbon, <http://eur-lex.europa.eu> (Abfrage 20.12.17), Brussels

European Union, 2016: Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. A Global Strategy for the European Union's Foreign and Security Policy, Brussels

European Union, Council, 2009: EU battlegroups, Updated July 2009, Fact-sheet, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/090720-Factsheet-Battlegroups_EN.pdf (Abfrage 15.5.2013), Brussels
European Union, Council, 2013: Conclusions, 20.12.2013, Brussels

European Union, Council, 2017: EU cooperation on security and defence, <http://www.consilium.europa.eu/en/policies/defence-security/> (Abfrage 14.11.17), Brussels

European Union External Action Service (EEAS), 2017 a: Security and Defence, https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/area/security-and-defence_en (Abfrage 20.12.17), Brussels

European Union External Action Service (EEAS), 2017 b: European Union Naval Force Operation Atalanta, <http://eunavfor.eu> (Abfrage 20.12.17), Brussels

European Union, Institute for Security Studies (EU ISS), 2004: European Defence – A Proposal for a White Paper. May 2004, Paris

European Union, Institute for Security Studies (EUISS), 2017: Yearbook of European Security 2017, YES 2017, Paris

Federal Chancellery of the Republic of Austria, 2013: Austrian Security Strategy. Security in a new decade – shaping security, Vienna

Französische Botschaft in Deutschland, 2017: Staatspräsident Macron: Initiative für Europa, <https://de.ambafrance.org/Staatspraesident-Macron-Initiative-fur-Europa> (Abfrage 20.12.2017), Berlin

Galtung Johan, 1975: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Rowohlt, Reinbeck bei Hamburg

Galtung Johan, 1993: Eurotopia. Die Zukunft eines Kontinents, Promedia, Wien

Guth Ralph / Klatzer Elisabeth / Mittendrein Lisa / Schwarz Valentin / Strickner Alexandra 2017 a: Wo stehen wir. Thesen zur EU-Debatte, in: Attac (Hg.): Entzauberte Union. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist, Mandelbaum, 146-159

Guth Ralph / Klatzer Elisabeth / Mittendrein Lisa / Strickner Alexandra / Schwarz Valentin 2017 b: Ausblick: Zehn Vorschläge, wie wir in die Offensive kommen, in: Attac (Hg.): Entzauberte Union. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist, Mandelbaum, 255-268

Heidelberg Institute for International Conflict Research (HIIC), 2017: Conflict Barometer 2016, Heidelberg

Hiebl Ewald / Wally Stefan, 2015: Das Zukunftsdenken bei Robert Jungk und Leopold Kohr, Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, Arbeitspapier 34, Salzburg

Holzinger Hans, 2016: Von nichts zu viel – für alle genug. Perspektiven eines neuen Wohlstands, oekom, München

Jungk Robert, 1956: Heller als tausend Sonnen. Das Schicksal der Atomforscher, Reinbeck bei Hamburg

Jungk Robert, 1958: Strahlen aus der Asche. Geschichte einer Wiedergeburt, Scherz, Bern – Stuttgart

Jungk Robert, 1970: Antizipation des Friedens, in: Schatz Oskar (Hg.): Der Friede im nuklearen Zeitalter. Eine Kontroverse zwischen Realisten und Utopisten, München, 188-190

Jungk Robert, 1984: Es geht auch ohne Waffenproduktion, in: Fischer Öko-Almanach 84/85. Frankfurt 1984, 353-359

Jungk Robert, 1987: Die innere Aufrüstung, in: Paul Feyerabend u. a. (Hg.): Leben mit den acht Todsünden der zivilisierten Menschen? Verlag der Fachvereine, Zürich, 207-212

Jungk Robert, 1991 a: Rede bei einer Veranstaltung in Wien, Heldenplatz, 2.2.1991, in: Ich will reden von der Angst meines Herzens. Autorinnen und Autoren zum Golfkrieg. Luchterhand-Literaturverlag, Frankfurt

Jungk Robert, 1991 b: Schafft Friedensinseln, schafft Friedensschauplätze, in: Damit wir nicht untergehen. Texte von Robert Jungk, ausgewählt von Matthias Reichl, Edition Sandkorn, Linz, 48-49

Kohr Leopold, 2006: Die Lehre vom rechten Maß, Müller Verlag, Salzburg

Mogherini Federica, 2017: Foreword, in: EU: From Shared Vision to Common Action: Implementing the EU Global Strategy. Year 1, Brussels

Meier Ernst-Christoph / Nelte Klaus-Michael / Huhn Walter, 2008: Wörterbuch zur Sicherheitspolitik. Deutschland in einem veränderten internationalen Umfeld, E.S. Mittler & Sohn, Hamburg – Berlin – Bonn

ORF, 2016: Laufender Betrieb verschlingt Löwenanteil, 22.4.2016, <http://orf.at/stories/2336206/2336204> (Abfrage 20.12.17), Wien

ORF, Ö1 Mittagsjournal, 8.3.2017, <http://oe1.orf.at/player/20170306/464260> (Abfrage 8.3.2017), Wien

ÖVP / FPÖ 2017: Zusammen. Für unser Österreich. Regierungsprogramm 2017 – 2022, Wien

Quille Gerrard, 2006: The EU Battlegroups, European Parliament, Directorate-general for External Policies of the Union, Directorate B, Policy Department, Brussels

Rehrl Jochen / Weisserth H.-B. (Hg.), 2010: Lehrbuch GSVP. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union, Publikation des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport, Wien

Ries Tomas, 2009: The globalising security environment and the EU, in: de Vasconcelos, Álvaro (Hg.): What ambitions for European defence in 2020? European Union Institute for Security Studies, Paris, 55-68

Roithner Thomas / Hämmerle Pete, 2017: Fachkräftemangel, in: Spinnrad. Forum für aktive Gewaltfreiheit, Zeitschrift des Internationalen Versöhnungsbundes – Österreichischer Zweig, Nr. 3/2017, Wien 2017, 21-23

Roithner Thomas, 2015: Marsch ins militärische Kerneuropa, Kommentar der anderen. In: Der Standard, 31. Juli 2015, Wien, 27

Roithner Thomas, 2017 a: Märkte, Macht und Muskeln. Die Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreichs und der EU, myMorawa, Wien

Roithner Thomas, 2017 b: UNO belegt Atomwaffen mit einem Bannstrahl. Kommentar der anderen, in: Der Standard, 10. Juli 2017, Wien, 19

Roithner Thomas, 2017 c: Eine Geburtstagsrede auf die Neutralität, in: Der Standard Online, Kommentar, <http://derstandard.at/2000066522356/Eine-Geburtstagsrede-auf-die-Neutralitaet>, 25. Oktober 2017, Wien

Roithner Thomas, 2017 d: Euro-Armee: Mehr Fragen als Antworten. EU-Krisenreaktionstruppe, in: Neue Zürcher Zeitung Österreich, nzz.at, 8. März 2017, Wien 2017

Roithner Thomas, 2017 e: Union der militärisch Fähigen und politisch Willigen, in: Wiener Zeitung Online, Gastkommentar, http://www.wienerzeitung.at/meinungen/gastkommentare/931108_Union-der-militaerisch-Faehigen-und-politisch-Willigen.html, 26. November 2017, Wien

Roithner Thomas, 2017 f: Militärpolitik. Wie die EU ihre Handelspolitik militärisch sichert, in: Attac (Hg.): Entzauberte Union. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist, Mandelbaum, 74-79

Roithner Thomas, 2018: Sicherheit, Supermacht und Schießgewähr. Krieg und Frieden am Globus, in Europa und Österreich, myMorawa, Wien

Ropers Norbert, 2010: Friedliche Einmischung. Zivile Konfliktbearbeitung 1995 – 2010, in: Wissenschaft und Frieden (W&F), Nr. 4/2010, 11-15

Rotter Manfred, 2007: Begründung und Ausgestaltung der immerwährenden Neutralität, in: Hummer Waldemar (Hg.): Staatsvertrag und immerwährende Neutralität Österreichs. Eine juristische Analyse, Verlag Österreich, Wien, 179-196

Scheer Hermann, 1993: Sonnenstrategie. Politik ohne Alternativen, Piper, München

Schreiber Wolfgang, 2011: Wie Kriege enden, in: Roithner Thomas, ÖSFK (Hrsg.): Krieg im Abseits. „Vergessene Kriege“ zwischen Schatten und Licht oder das Duell im Morgengrauen um Ökonomie, Medien und Politik, Wien – Berlin, 233-249

Schweitzer Christine, 2009: Erfolgreich gewaltfrei. Professionelle Praxis in ziviler Friedensförderung, http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/zivik/erfolgreich_gewaltfrei.pdf (Abfrage 20.12.17), Berlin

Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), 2017: Yearbook 2016, Zusammenfassung auf Deutsch, Friedrich Ebert Stiftung, Berghof Foundation, Berlin

United Nations Environment Programme (UNEP), 2005: The State of Environment in Somalia. A Desk Study, Geneva – Nairobi

Zum Autor

Priv.-Doz. Mag. Dr. Thomas Roithner, Friedensforscher, Journalist, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Promotion zu Neutralitätsbewegungen in Mittel- und Osteuropa sowie in den Neutralen der EU. Habilitation zum Thema „Der transatlantische Griff nach der Welt. Die USA und die EU im Zeitalter neoimperialer Kriege“.

Publikationstätigkeit zu Fragen der Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs- und Friedenspolitik der EU und Österreichs, der Neutralität in Europa, den transatlantischen Sicherheitsbeziehungen und Sicherheitsinstitutionen, Energie- und Ressourcensicherung, geopolitischen und geoökonomischen Machtverschiebungen, der Politik der Gewaltfreiheit sowie zur Friedens- und Antikriegs-Bewegung in Österreich. Herausgeber bzw. Projektleiter von über 30 Büchern zu unterschiedlichen Themen der Friedens- und Konfliktforschung. Vortrags-, Lehr-, Gutachter- und beratende Tätigkeit im In- und Ausland in Fragen der Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik.

Thomas Roithner war von November 2017 bis Jänner 2018 Robert-Jungk-Stipendiat der Wissensstadt Salzburg.

Web: www.thomasroithner.at

Mail: thomas.roithner@univie.ac.at

Facebook: www.facebook.com/thomas.roithner1

Twitter: @t_roithner